

Andreas Bühl

Ihr Abgeordneter für den südlichen Ilm-Kreis



MEIN BERICHT AUS DEM THÜRINGER LANDTAG AUSGABE NOVEMBER 2020

Zulagen sollen Lehrerversorgung in Mangelfächern und ländlichem Raum sichern



Der CDU-Abgeordnete Andreas Bühl hat sich im Thüringer Landtag für Maßnahmen gegen den Lehrermangel im Ilm-Kreis eingesetzt. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat der Landtag zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen. „Alle Schüler haben einen Anspruch darauf, dass Unterricht stattfindet, unabhängig davon, ob sie in Erfurt, Ilmenau, Arnstadt oder in Schmiedefeld und Stützerbach leben. Daher wollen wir mit finanziellen Anreizen die Attraktivität von bestimmten Schulstandorten und Fächern erhöhen“, erklärte Bühl zu der von seiner CDU-Fraktion vorgeschlagenen

Änderung des Besoldungsgesetzes. Dieser sieht die Einführung eines Zulagensystems für Regionen mit hohem Lehrerberuf, Mangelfächern und Lehrern vor, die besondere Aufgaben an den Schulen wahrnehmen. „Ziel ist es, die Leistung der Pädagogen anzuerkennen, den Generationenwechsel zu gestalten und die bundesweite Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen“, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU Fraktion Bühl. Für ihn und seine Fraktion ist entscheidend, dass die Zulagen in den aktuellen Haushaltsverhandlungen Berücksichtigung finden. „Ohne diese Zusage werden wir keinem Landeshaushalt zustimmen“, kündigt der CDU-Landtagsabgeordnete an.

„Im Ilm-Kreis kann der Einstellungsbedarf mangels Bewerbern an manchen Schulen schon nicht mehr gedeckt werden. Das trägt dazu bei, dass der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts steigt und mehr Unterricht ausfällt“, machte Bühl deutlich. Neben den Zulagen zur Personalgewinnung soll mit dem Gesetzentwurf der CDU auch das Engagement von Lehrerinnen und Lehrern gewürdigt werden, die besondere Aufgaben an den Schulen wahrnehmen. „Dieses Engagement ist für das Funktionieren des Schulalltags essenziell. Da es seit einigen Jahren keine Beförderungsmöglichkeiten für diese Kollegen gibt, wollen wir hier eine Anerkennung schaffen“, machte Bühl deutlich.

Einzelhandel soll Rückendeckung durch Politik bei Samstags- und Sonntagsarbeit bekommen



Strukturwandel, Digitalisierung und die Pandemie fordern den Einzelhandel heraus. Mit dem Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes will die CDU Fraktion die Probleme des Einzelhandels angehen und in weiterhin schonender Weise mit dem Sonn- und Feiertagsschutz und den Interessen der Beschäftigten und ihrer Familien ausgleichen. Der bisher erforderliche bürokratische Aufwand zur Beantragung verkaufsoffener Sonntage soll drastisch reduziert werden. Der bestehende Schutz besonderer Feiertage sowie die Anzahl der gesetzlich vorgegebenen vier verkaufsoffenen

Sonn- und Feiertage wird durch die Neuregelung in Summe nicht berührt, wie Andreas Bühl in seiner Rede betonte. „Wir wollen keine Ökonomisierung des Sonntags und den Geist des Sonntags auch nicht verändern. Es geht darum, Bürokratie für Unternehmen und Kommunen bei der Beantragung abzubauen.“ Unter Zustimmung aller Fraktionen erfolgte nach heftiger Diskussion die federführende Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit.

Droht Thüringen der Verlust von EU-Geldern in dreistelliger Millionenhöhe?



Mit einer Aktuellen Stunde thematisiert die CDU-Fraktion einen wohl möglichen Verfall von EU-Fördergeldern in bis zu dreistelliger Millionenhöhe, weil einzelne Ministerien mit der Auszahlung bereits bewilligter Mittel in Verzug sind. Gegen Ende der siebenjährigen EFRE-Förderperiode seien, einer Meldung der DPA vom 12. Oktober 2020 zufolge, verschiedene Projekte immer noch in der Planungsphase und von EU Mitteln in Höhe von 1,165 Milliarden Euro bislang erst 513 Millionen beziehungsweise 44 Prozent ausbezahlt. Die CDU-Fraktion drängt mit dieser Aktuellen Stunde auf ein engeres Monitoring

und Berichterstattung zur Verausgabung EFRE-Fördermittel, wie der Abgeordnete Bühl in seiner Rede deutlich machte. „Es gilt, einen vollständigen Mittelabfluss zu gewährleisten. Die Ausreichung von EU-Geldern muss zur Chefsache werden.“, so Bühl.



In diesem Jahr fand vielerorts das Gedenken zum Volkstrauertag nicht wie sonst statt. Ich legte an verschiedenen Orten Gestecke nieder. Der Volkstrauertag ist ein bedeutender Moment der Erinnerung an die Opfer von Gewalt, aber in diesem Jahr auch der Corona-Pandemie.

Landtag beschließt die Verteilung der Bundesgelder für Ausgleich von Gewerbesteuerausfällen



In der Sitzung in dieser Woche hat der Thüringer Landtag mit den Stimmen von CDU sowie der Minderheitenkoalition von Rot-Rot-Grün ein Gesetz zur Verteilung der Bundesmittel zum Ausgleich von Gewerbesteuerausfällen der Gemeinden beschlossen. „Wir wissen, dass vor allem im nächsten Jahr mit

einem empfindlichen Einbruch der Gewerbesteuern aufgrund der Corona-Pandemie zu rechnen ist. Doch sind gerade dann Investitionen der Gemeinden wichtig und auch die laufenden Ausgaben der Gemeinden müssen gesichert werden.“, so CDU-Landtagsabgeordneter Andreas Bühl.

Mit der Auszahlung der im Gesetz verankerten Mittel könnten die Kommunen auch im Ilm-Kreis noch in diesem Monat rechnen, sagte Bühl. Verrechnet werden die Mittel mit den bereits vom Land geleisteten Zahlungen im Sommer, für die sich insbesondere die CDU-Fraktion stark gemacht hatte. Nun werden nochmal über 5,5 Millionen Euro ausgereicht. Die größten Zahlungen erhalten das Amt Wachsenburg mit 2,149 Millionen Euro, Ilmenau mit 1,522 Millionen Euro und Arnstadt mit 1,022 Millionen Euro. Auch Großbreitenbach wird mit 279.660 Euro bedacht. Das Geratal wird 228.642 Euro sowie Stadtilm 141850 Euro erhalten.

Ein wesentlicher Punkt, so Bühl, sei aber noch nicht geregelt. Gerade die Kommunen im Ilm-Kreis hätten in diesem Jahr die Auswirkungen der Krise noch nicht so stark gespürt. „Doch sind die Ausfälle für das nächste Jahr absehbar. Es wäre deshalb sinnvoll wenn sowohl das Jahr 2020 und 2021 in Zusammenhang betrachtet werden und nicht Kommunen jetzt bereits Gelder zurückzahlen müssten, da die Landeshilfen an dieses Jahr gebunden waren. Hier braucht es eine weitergehende gesetzliche Anpassung, die bisher noch nicht erfolgt ist.“, stellte Bühl fest.



Andreas Bühl

Mitglied des Thüringer Landtags

Bürgerbüro: Schwanitzstraße 11, 98693 Ilmenau | kontakt@andreasbuehl.de | www.andreasbuehl.de